

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 5 / 45. Jg.

5. Febr. 1932

**ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.**

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.-Mk.

**Redaktion:**

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-  
schluß: Montag. Fernruf: B 2, Lützow 5583.  
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. — Druck und Expedition:  
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Postverlagsort Schkeuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

## DIE EISERNE FRONT

Die Wirtschaftsnot, die die deutschen Arbeiter besonders heimsucht, hat in Verbindung mit den Folgen des Weltkrieges auch im politischen Kampf ihre verheerenden Wirkungen ausgelöst. Weil die Dinge, die die Welt bedeuten, andere Gestalt nahmen, als die deutschen Träumer sich wünschten, soll eine endlich verwirklichte Forderung der deutschen Arbeiterklasse, die an ihrer Wiege und ihrem Erwachem zum Klassenbewußtsein stand, die Schuld daran tragen: Die politische Demokratie, die im allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts ihren Ausdruck findet.

Kommunisten wie Nationalsozialisten rennen in gleicher Weise gegen die Verfassung der deutschen demokratischen Republik an. Ihre Agitationsmethoden haben Formen angenommen, die vom Bürgerkrieg nicht mehr weit entfernt sind. Der politische Mord ist heute Tagesereignis! Die Kollegen kennen alle die Bluttaten, die Fanatismus und Verbrechen unter der Flagge des politischen Kampfes tagtäglich begehen. Die Regierung der demokratischen Republik sieht diesem Treiben mit einer Ruhe zu, die fast an Billigung grenzt. Die Rechtsprechung tut ein übriges. Besonders die Nazis haben vor deutschen Gerichten ein Glück, das Menschen mit gesundem Verstand unfählich ist. Ein Blick in die deutschen Gerichtssäle zeigt „wo Boom wohnt“.

Ganz selbstverständlich, daß die Nazis ausgesprochene Feinde der Arbeiterklasse sind. Was kann die Partei der abgetakelten Prinzen, Generale und aller Blaublütigen sonst auch sein? Die Geldschränke der Schlot- und Krautjunker öffnen sich nur den Feinden der Arbeiterklasse! Und hier holen sich die Nazis ihr Pulver zum Kampf gegen die Arbeiterklasse, insbesondere zum Kampf gegen die Gewerkschaften. Denn die Gewerkschaften sind doch an allem Elend schuld. Ihr Wirken und ihre Erfolge liegen den Nazis, der Knüttelgarde des Großkapitalismus, ganz besonders im Magen. Im dritten Reich verfallen deshalb die den Klassenkampf führenden freien Gewerkschaften ganz selbstverständlich der Vernichtung anheim. Tarifverträge gibt's dann nicht mehr; Streiks werden nicht geduldet; „Streikende werden erschossen.“ „Die Sozialgesetzgebung ist eine der räuberischen Erpressungen an den Besitzenden.“ Selbstverständlich gehört zu diesem Bild auch eine „Notverordnung über die nationale Arbeitsdienstpflicht“, die nichts anderes als Zwangsarbeit ist. Um die Nazis ergänzend nackt zu zeigen, noch folgende Aussprüche von einigen ihrer „Führer“:

„Die Sozialrentner sind Faulenzer und Spitzbuben, die in den Wald gehen und Holz stehlen. Sie kollern bis früh um 4 Uhr im Wirtshaus herum und kloppen Skat.“

„Die Arbeitslosenunterstützung macht arbeitsscheu. Man kann schon von einer Arbeitsflucht reden.“

„Proletarier sind Menschen, die ohne Verantwortungsgefühl Kinder in die Welt setzen und dann mit Hilfe des demokratischen Wahlrechts zur Macht zu kommen suchen.“

Viel zu lange hat die Arbeiterklasse diesem Treiben der Reaktion zugesehen. Jetzt aber ist es genug! Endlich ist die notwendige Front gebildet! Eine gemeinsame Versammlung des Bundesausschusses des ADGB, und des AfA-Bundes mit dem Vorstand und Parteiausschuß der SPD., den Arbeitersportverbänden und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold am 16. Dezember faßte folgende Entschliebung:

„Unbeschadet unserer ablehnenden Stellungnahme zu der neuen Notverordnung geloben wir, den Kampf gegen den Faschismus mit gesteigerter Aktivität fortzuführen.

Wir werden unsere Kampfmethoden denen unserer Feinde anpassen: Auf dem Boden des gesetzlichen Rechtes, solange sie sich selbst legal betätigen, anderenfalls mit anderen Mitteln, werden wir die republikanische Verfassung, die sozialen Rechte und kulturellen Ziele der Arbeiterklasse und den europäischen Frieden verteidigen.

Infolge der parlamentarischen Machtverhältnisse, für die nicht wir, sondern weite Teile der Wählerschaft die Verantwortung tragen, haben wir zur Zeit keine praktische Möglichkeit, die in Kraft getretene Notverordnung sofort aufzuheben. Sie ist ein Produkt der kapitalistischen Wirtschaftskrise und der Kräfteverteilung im Reichstag.

Die Überwindung der faschistischen Gefahr ist unsere erste Pflicht im Interesse der Arbeiterklasse. Danach richten wir unser Verhalten im Parlament und im Lande ein.“

Diese Entschliebung hat aufgerüttelt und freudigen Widerhall gefunden. Die Eiserne Front hat sich gebildet und geht zum Angriff über. Folgender Aufruf ging dieser Tage durch die Presse:

### Eiserne Front für Volksrechte gegen Diktatur!

**An alle deutschen Männer und Frauen freiheitlicher Gesinnung!**

Vorbei sind die Monate der bloßen Verteidigung und Abwehr! Das Deutschland der Republik und Demokratie steht auf für Volksrechte gegen Diktatur. Widerstandswille ist aufgeflammt in allen deutschen Gauen. Es hat keiner Propagandakünste und keiner Befehle bedurft. Ein Anstoß — wenige organisatorische Hammerschläge genügten: in Stadt und Land wuchs empor die

### Eiserne Front für Volksrechte gegen Diktatur!

**Neben die Einheiten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold traten die Arbeitersportler und in den Betrieben formieren sich alle freiheitlich gesinnten Gewerkschafter als Hammerschaften der Eisernen Front.**

Eine Millionarmee — nicht für gewaltsame Angriffe, sondern wider alle Bürgerkriegspläne! Die Existenz dieser durch eine wahre Volkserhebung aufgerichteten Eisernen Front muß jeden Gedanken auf Raub politischer, gewerkschaftlicher und kultureller Freiheiten ersticken.

**Die Eiserne Front ist keine Parteiangelegenheit und will nicht eine Partei sein.**

Ihr Dienst gilt der bedrohten Freiheit des deutschen Volkes, der Erfüllung der Verheißungen in der Verfassung von Weimar. Viele bittere Tage, harte Wochen und schwere Monate der Abwehr und des Ausharrens liegen hinter uns. Bis in die

Fundamente hat eine unerhörte Krise die deutsche Wirtschaft erschüttert, Industrie, Handel und Gewerbe sowohl wie Landwirtschaft. Millionen der besten deutschen Arbeiter, darunter hunderttausende Kriegsteilnehmer, stehen an den Stempelstellen; mit ihnen sind hochqualifizierte Angestellte, Techniker und Ingenieure zu qualvollem Feiernüssen verurteilt. Tausende und aber Tausende junger, arbeitsdurstiger Männer und Frauen der freien Berufe sehnen den Tag herbei, der ihnen Gelegenheit gibt, die in jahrelangen Studien erworbenen Kenntnisse zu ihrem und des deutschen Volkes Nutzen zu verwerten. Sie alle leben von kärglicher Unterstützung oder sind angewiesen auf die Hilfe ihrer Familien.

### Wer ist noch sicher, daß nicht auch ihn und seine Familie die Lawine der Wirtschaftsnot in den Abgrund reißt?

Der Arbeiter nicht und nicht der Angestellte. Der Bauer nicht und nicht der Handwerksmeister. Kein Unternehmer mehr — und sei er ein persönlich noch so einsichtiger und tüchtiger Mann — hat die Sicherheit, seinen Betrieb aufrechterhalten zu können. Ist ein Volk in Not, trifft's auch die Beamten in Reich, Staat und Gemeinden.

Diese Zeit der Not wird seit Jahr und Tag verlängert und verschärft von herrschsüchtigen Egoisten, die für die Massen des Volkes zu Arbeitslosigkeit, zu Lohn- und Gehaltsabbau auch noch den

### Raub der Rechte eines freien Staatsbürgers

fügen wollen. Mit Millionen, die von Lohn und Gehalt abgezogen wurden, sind Bürgerkriegsarmeen aufgestellt und ausgerüstet; werden ganze Schwärme von Schwadronneuren durch Stadt und Land geschickt; wird Propaganda bezahlt, die als „Retter“ die Verderber Deutschlands anpreist. Der Kampf Deutschlands um Aufhebung der würgenden Reparationszahlungen ist jenen Leuten nur ein Mittel zur innerpolitischen Verhetzung.

### Ein Volk, das sich durch Drohung mit Gewalt und bezahlte Demagogie das Recht der Selbstregierung nehmen läßt, wird nie die äußere Freiheit erringen und erhalten können.

Im Hitlerismus hat sich diese wirre Zeit einen gewalttätigen Götzen gegeben. Scharlatane fordern die unumschränkte Herrschaft über Leben und Tod, Arbeitskraft und Eigentum aller Deutschen. Nicht die Spur einer schöpferischen Idee — nichts weiter als Blutphantasien hat der sogenannte Nationalsozialismus aus eigenem hervorgebracht.

Großes steht auf dem Spiel — Großes muß von allen freihetlich gesinnten deutschen Männern und Frauen in den kommenden Wochen und Monaten gefordert und geleistet werden.

In allen Bezirken des Reiches muß bis zum 21. Februar 1932 die Eiserner Front formiert sein.

### Kundgebungen am 21. Februar in ganz Deutschland

müssen Freunden und Gegnern die Wucht und Kraft der Eisernen Front sinnfällig vor Augen führen.

Gewaltige Geldmittel stehen den Feinden des Staates von Weimar zur Verfügung. Sie hoffen, durch Riesenaufwand an Propaganda die Demokratie niederringen zu können. Auch diese Spekulation wird und muß fehlschlagen. In allen Bezirken sind unverzüglich Maßnahmen zur Durchführung einer

### Rüstwoche der Eisernen Front

zu treffen und öffentliche Sammlisten aufzulegen.

Es gilt, der Zerstörung von Deutschlands letzter Wirtschaftskraft Einhalt zu tun; jetzt heißt es, die gewaltigen Energien, die allein die Demokratie zu entfesseln vermag, für die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands einzusetzen. Voraussetzung dafür ist der Sieg der politischen Vernunft über die Propheten des Chaos.

### Eiserner Front für soziale Gerechtigkeit!

### Eiserner Front für wirtschaftliche Gesundung!

### Eiserner Front für außenpolitische Freiheit, Frieden und Völkerverständigung!

### Eiserner Front wieder alle Feinde der demokratischen Republik!

Der Nazi-Mordpest gilt es nicht nur wirksam entgegenzutreten, sondern die Handlanger der schwärzesten Reaktion in ihre Schlupfwinkel zurückzujagen. Erfülle jeder Kollege seine proletarische Pflicht in diesem harten Kampfe! Es geht um Sein oder Nichtsein der deutschen Arbeiterbewegung!

## Lebenshaltungsindex reformbedürftig

Für den Sehenden ist heute schon klar, daß die Preissenkung nicht den Ausgleich für die gleichfalls verordnete Lohnsenkung bringen wird, denn an einem entscheidenden Faktor der Preise, den Zöllen, soll ja nicht gerüttelt werden, sie werden im Gegenteil noch erhöht. Jedoch uns darf die Erhaltung des Reallohnes nicht genügen, wir müssen eine Erhöhung fordern und durchsetzen, weil sonst an die Behebung der Absatzstockung nicht zu denken ist. Die Tatsache, daß der Lohnanteil am Sozialprodukt nicht Schritt hielt mit der ständig sich steigenden Leistung in der Produktion, wirkte krisenverschärfend. Steigerung des Reallohnes ist ein Stück Kampf gegen die Krise.

Das Wort von der Erhaltung des Reallohnes ist, gesprochen von den Unternehmern und der Regierung, eine Phrase zur Täuschung der Arbeiterklasse. Für die Bourgeoisie bedeutete Lohn-abbau Erhöhung oder, Erhaltung des Profits auch bei stockendem Absatz. Brüning hat das famose und für die deutsche Wirtschaft so falsche Wort gesprochen, ein armes Volk muß billig sein. Billig sein heißt in diesem Falle nicht, daß die Arbeiter mehr für ihren Lohn, sondern daß sie weniger Lohn bekommen.

Als Maßstab für die Veränderungen des Reallohnes gelten in Deutschland die amtlichen Lebenshaltungsindexziffern. Diese Ziffern haben den großen Mangel, daß das Verhältnis der einzelnen Ausgabeposten, aus denen der Index zusammengesetzt ist, unverändert bleibt, während es sich in der Wirklichkeit dauernd ändert. So z. B. sind für die Wohnung nur 20,35 Proz. des Lohnes eingesetzt, obwohl das schon vor der Lohnsenkung nicht stimmte und der Anteil danach noch größer geworden ist. Die Frankfurter Zeitung schrieb in den jüngsten Tagen, daß die Sen-

kungen des Index im Arbeiterhaushalt nicht zur vollen Auswirkung kommen. Die Schichtung der Ausgaben habe sich selbstverständlich mit der Minderung der Einkommen verschoben und zwar in einem für den Arbeiter und Angestellten ungünstigen Sinne. Am Beispiel der Mieten habe sich das in geradezu tragischer Weise gezeigt. Das ist absolut richtig, die notverordnete Mieten-senkung bringt keinerlei Ausgleich. Die Arbeitslosen erhalten von Brünings Gnaden sogar noch eine Mietsteigerung, und für Kurzarbeiter wird die Miete geradezu zur Katastrophe. Durch die Steigerung des Mietanteils am Haushalt werden die übrigen Posten herabgedrückt, und es ist deshalb eine grobe Täuschung, wenn für Ernährung 54,77 Proz. eingesetzt sind. Wer das heute einem Arbeiter vorträgt, bekommt ein Hohngelächter zur Antwort. Einem Arbeiter mit einem Wocheneinkommen von 30 RM. verbleiben im günstigsten Falle 10 bis 12 RM., also 33 bis 40 Proz. für Ernährung.

Der zweite schwere Mangel des Index ist, daß er qualitativ, trotz bereits vorgenommener Verbesserungen für die Ernährung — allerdings auf Kosten des Sektors: sonstiger Bedarf — auf sehr tiefer Stufe steht. Wir sind der Meinung, daß bei der ungeheuren Produktionskraft der deutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft eine bedeutende Verbesserung vorgenommen werden muß, die nach Ablauf bestimmter Zeiträume fortzusetzen ist. Als Mangel muß es auch bezeichnet werden, wenn keinerlei Abnutzungskosten für Wohnungseinrichtungen in Ansatz kommen.

Der dritte grobe Mangel ist, das Fehlen sämtlicher Steuern und Sozialbeiträge, die der Arbeiter und Angestellte zu tragen hat. Aber gerade hier ist die Veränderung gegenüber der Vorkriegszeit eine gewaltige zu Lasten der Lohn- und Gehaltsempfänger. Sie zahlen wesentlich mehr an Lohnsteuer als vor dem Krieg an Einkommensteuer. Dazu kommen Krisensteuer, Ledigensteuer und Kopfsteuer. Setzen wir die Einkommensteuer

1913 gleich 100, so betragen 1931 die direkten Steuern 250. Bei den Sozialbeiträgen ist das Verhältnis 100 zu 266. In beiden Fällen ist also die Belastung das 2 1/2-fache gegenüber 1913. Würden diese Posten in den Index mit aufgenommen, so wäre das eine wesentliche Erhöhung der Indexziffer. Auf Grund von Wochenlohnrechnungen einiger Leipziger Arbeiter ist der Anteil der verschiedenen Ausgaben am Lohneinkommen ermittelt worden. Danach betragen die beiden Posten Steuern und Sozialbeiträge im Jahre 1913 zusammen 6,84 Proz. und 1931 bis zu 17,53 Proz. Für Bekleidung sind in den Index heute eingesetzt 10,05 Prozent, die Mehrbelastung an Steuern und Sozialbeiträgen ist also höher als der Satz für die Bekleidung.

Der wirtschaftlichen Forschungsstelle des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fällt die dringende Aufgabe zu, einen neuen, eigenen Lebenshaltungsindex aufzustellen. Die Änderungen gegenüber dem jetzigen müssen umfassen:

1. Mengenmäßige Verbesserung. Anpassung an die gesteigerte Produktion.
2. Qualitative Verbesserung.
3. Einsetzung der Steuern und Sozialbeiträge.
4. Bei den Mieten ist der tatsächliche prozentuale Anteil einzusetzen.
5. Einsetzung eines Anteils für Erneuerung der Haushaltungsgegenstände.

Die Gewerkschaften haben allen Grund, daß diese Arbeiten beschleunigt werden. Nur die Forderung zu stellen, den amtlichen Index zu ändern, bedeutet Verschleppung auf den St. Nimmerleinstag. Die „andere Situation“, in der die Rückgängigmachung der Lohnsenkung wegen unzulänglicher Preissenkung gefordert werden muß, ist bald gegeben. Dann brauchen wir neue, der Wirklichkeit entsprechende Grundlagen des Wertmessers für den Lohn. Die bisherigen sind übelste Prellerei der Arbeiter und Angestellten. Ch. F.

# Das wahre Gesicht der Nazis!

## Der „Sozialismus“ der Nationalsozialisten

Der Aufstieg der Nationalsozialisten seit dem 14. September 1930 zwingt auch die Gewerkschaften, sich mit dem nationalsozialistischen Programm näher zu befassen.

Das angebliche Ziel der Nationalsozialisten ist: die Schaffung eines nationalen Staates, des sogenannten „Dritten Reiches“, dem nur Menschen der „deutschen Rasse“ angehören sollen, die für einen ständigen Bevölkerungsüberschuß zu sorgen haben, für den — nach Eroberung Frankreichs — immer wieder neues Land erkämpft werden muß, bis . . . die Deutschen Beherrscher der Erde geworden sind. (Vgl. Adolf Hitler, Mein Kampf.) Man fragt sich bloß, was eigentlich die Träger dieser Idee mit Sozialismus zu tun haben?

Die Nationalsozialisten sind eine Partei, die vorwiegend von kapitalistischem Geld unterstützt wird. Sie nennen sich sozialistisch, um ungeschulte Arbeiter zu ködern. Am 18. Februar 1930 schrieb der Dresdener Organisator der Nationalsozialisten an einen Fabrikdirektor Fritsche in Weimar einen Brief, in dem es wörtlich heißt:

„Zu Ihrer Bemerkung betreffend sozialistischer Arbeiterbewegung, Antikapitalismus und wie sie sich danach ausdrücken, will ich Ihnen nur mitteilen: Lassen Sie sich doch nicht immer von dem Text unserer öffentlichen Plakate beirren. Der Zweck heiligt die Mittel . . . Sind Sie versichert, mein verehrtester Herr Direktor, wenn Ihnen um Ihre Zukunft bange ist (bezüglich Ihres zur Zeit schwankenden Unternehmens), dann sind Sie nirgends besser geborgen, als bei unserer NSDAP. Gewiß, es sind Schlagworte — wie „Nieder mit dem Kapitalismus!, Juden usw. —, aber sie sind unbedingt notwendig, denn unter dem Banner „deutschnational“ oder nur „national“ allein, wissen Sie, kommen wir nicht zum Ziel, haben also keine Zukunft mehr . . . Also, — verstehen Sie nur recht — wir müssen die Sprache der verbitterten sozialistischen Arbeiter sprechen, um selbige an uns zu ziehen, sonst würden sie sich nicht bei uns zu Hause fühlen. Mit einem direkten Programm marschieren wir nicht auf — aus diplomatischen Gründen —, das behalten wir uns vor.“

## Nationalsozialistische Produktionspolitik und Wirtschaftsorganisation

Am 7. November 1931 fand eine „Wirtschaftspolitische Sondertagung für führende Persönlichkeiten der Wirtschaft“ in Düsseldorf statt. Dort hielt im Auftrage der Reichsleitung der Hitlerpartei der Hauptmann Dr. Otto Wagener eine Rede über „Nationalsozialistische Produktionspolitik und Wirtschaftsorganisation“. Nach dem jetzt vorliegenden Stenogramm (siehe „Volksstimme“, Frankfurt a. M. vom 3. Dezember 1931) soll es im nationalsozialistischen Zukunftsstaat folgendermaßen aussehen:

Zuerst trat Herr Dr. Wagener dem Vorwurf entgegen, als ob die Hakenkreuzler eigentumsfeindlich seien. Er sagte: „Wir eigentumsfeindlich? Wir denken gar nicht daran!“ Gleich danach wurde auch die Behauptung zurückgewiesen, daß die Nationalsozialisten Sozialisten und nicht besser als die Marxisten seien.

„Unser Sozialismus kann von jedem einzelnen Wirtschaftler angenommen und bejaht werden.“

„Auf der Industrie- und Bankkapitalisten zu, die zu seinen Zuhörern gehörten. Er ergänzte den nationalsozialistischen Begriff des Sozialismus durch die Behauptung, daß wir jetzt in einer Zwangswirtschaft des Parlamentarismus, „der Herrschaft der Masse und damit der Dummheit!“ leben. Im „Dritten Reich“ wird das anders sein:

„Die Masse kann nicht regieren, regieren kann nur ein Führer, eine verantwortliche Persönlichkeit.“

Um aber ja keinen Zweifel aufkommen zu lassen, daß der Begriff des Nazi-Sozialismus nicht ernst zu nehmen ist, betont Herr Dr. Wagener:

„Diese Gedankengänge sind nicht etwa — diesen Einwand möchte ich von vornherein widerlegen — Sozialisierungsbestrebungen! Sozialisierung ist kollektivistische Verwaltung unter Ausschaltung des bisherigen Besitzes. Wir aber denken gar nicht daran, den bisherigen Besitzer auszuschalten . . .“

Unser Staat wird hoch über der Wirtschaft stehen, daß er selbst niemals als Teilhaber in Frage kommt.“

Die Stellung des Kapitalisten ist also auch im „Dritten Reich“ gesichert. Die Stellung des Arbeiters dagegen? Auch darauf gibt Wagener eine offene Antwort. Die Nationalsozialisten wollen die Arbeitsdienstpflicht einführen, vor allem deshalb,

„um unserer Jugend zunächst wieder einmal beizubringen, daß es noch ein Oben und ein Unten gibt.“

Wer Knecht ist, soll also Knecht bleiben. Der Arbeiter soll keine Möglichkeit des sozialen Aufstiegs haben. Er soll nicht einmal die Möglichkeit haben, an der Verbesserung seiner Lebenshaltung mitzuarbeiten.

„Wir Nationalsozialisten sind keineswegs Anhänger des heutigen Tarifsystems“, sagte der Beauftragte der Reichsleitung der NSDAP. Unter dem Hakenkreuzregime soll lediglich

die unterste Grenze des Lohnes festgelegt werden.

Was aber darüber hinausgeht: Zuschläge für Facharbeiter, Akkordsätze, Urlaubsbestimmungen und so fort — darauf sollen die Arbeiter nicht den geringsten Einfluß haben. Ausdrücklich betonte Dr. Wagener in seiner Düsseldorfer Rede:

„Alles andere aber soll im Betriebe vereinbart werden. Künftig werden die Betriebsräte mit dem Unternehmer beraten. Entscheiden muß natürlich stets der Unternehmer.“

Die Nationalsozialisten sind auch „grundsätzliche Gegner des heutigen Systems der Sozialversicherung“, weil es „geradezu zur Ausnutzung der Versicherungsanreize“.

Das Krankenkassenwesen sei zu einem Krankenkassenunwesen geworden, die Arbeitslosenversicherung müßte wesentlich verschlechtert, die Unfallversicherung eingeschränkt werden. Wie es überhaupt der Sozialgesetzgebung im „Dritten Reich“ ergehen soll, das erfahren wir bei den Betrachtungen über die künftige Gestaltung des Staatshaushalts. Wagener berechnet das Gesamtbudget mit 25 Milliarden, während es in Wirklichkeit, Reich, Länder und Gemeinden zusammen gerechnet, etwa 20 Milliarden beträgt. Daran wollen die Nationalsozialisten „erhebliche Abstriche, mindestens 8 bis 10 Milliarden“, vornehmen. Sieht man von den Ausgaben für Reichswehr und Marine ab, die die Hakenkreuzler noch beträchtlich erhöhen wollen, so ließen sich Abstriche in solchem Ausmaß nur dann vornehmen, wenn man

die ganze Sozialversicherung, die Versorgung der Kriegsopter und die soziale Fürsorge aus dem Haushalt beseitigt.

Das ist auch das Ziel der Nationalsozialisten, denn unter den Tausenden von Ämtern, in denen sie „aufräumen“ wollen, nennt Wagener an erster Stelle die Arbeitsämter und die Wohnungsämter.

Zurück zum feudalistischen Ständestaat!

„Im „Dritten Reich“ wird es keine Gewerkschaften mehr geben, keinen Tarifvertrag, keine Sozialversicherung.“

Das Kapital wird die Gesetze machen, die SA für ihre Durchführung sorgen, wer nicht damit einverstanden ist, der wird nach Boxheimer Rezept niedergeknallt oder am nächsten Baum aufgehängt. Der Kapitalist wird nicht nur „Herr im Hause“, er wird auch Herr über den Staat sein.

Das ist das humane wirtschafts- und sozialpolitische Programm der Nazis!

## Nazis und Gewerkschaften

Die Nazi-partei hat bekanntlich eine neue Gewerkschaftsparole herausgebracht: „Hib!“ (Hinein in die Betriebe!). Goebbels hat nach kommunistischem Muster in Berlin einen „Aktionsausschuß“ gegründet, um den „Marxismus in seiner eigentlichen Domäne aufzusuchen und ihn hier zum Kampf herauszufordern“. Am 1. September 1931 ist damit begonnen worden, und bis zum Ablauf dieses Jahres wollte man allein in Berlin „mindestens 12 000 Arbeitnehmer in den Betrieben“ für die Nazi-partei gewinnen.

Die nationalsozialistischen Gewerkschaftseroberer schienen jedoch Angst vor der eigenen Courage zu haben, denn Goebbels schreibt:

„Wir sind uns keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß der Kampf, der uns nun bevorsteht, alle bisher von uns durchgeführten politischen Auseinandersetzungen weit in den Schatten stellen wird. Wir greifen den Marxismus an seiner brüchigsten Stelle an. Dort, wo er verwundbar ist, schlagen wir zu. Er wird sich mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Der beginnende Feldzug bedingt harte Konsequenz und mutige Zähigkeit. Das Mundspitzen hört auf. Nun muß gepöfien werden!“

Gleichzeitig bemüht sich Engel, Betriebszellenleiter und Mitglied des neugegründeten „Aktionsausschusses“, den Beweis dafür zu erbringen, daß die Nazis „keine Feinde der Gewerkschaften“

sind. Mit ihrer neuesten Parole wollen sie nur die Gewerkschaften in „Volksorganisationen“ umwandeln. Engel versichert, daß der „Gewerkschaftsgedanke an und für sich gut ist“, aber die Gewerkschaften müssen „andere Führer“ haben, sie seien marxistisch verseucht. „Die Führung der Gewerkschaften taugt in den meisten Fällen nichts.“ Und um den Gewerkschaften „eine Führung von nationalsozialistischem Geiste“ zu schaffen, deshalb die Parole „Hinein in die Betriebe“. Damit die neueste Naziparole auch einen lockenden Hintergrund hat, wird über die „Bonzengehälter“ hergezogen. Die Nazibonzen schließen nämlich von sich auf andere. Zur Illustration daher ein paar Tatsachen: Das Arbeitsgericht Dresden hat vor kurzem zwei Direktoren einer Nazi-zeitung, die sich selbst ein Monatsgehalt von 1500 Reichsmark bewilligt hatten, zur Nachzahlung von Löhnen verurteilt, weil sie ihre Zeitungsausträger gezwungen hatten, untertäniglich zu arbeiten. Das Festeinkommen des Dr. Goebbels ist unwidersprochen auf 30 000 RM. angegeben worden; als sein Chauffeur Tariflohn verlangte, warf er ihn hinaus. Diese Partei, die in allen ihren Betrieben keinen Tariflohn zahlt, will nun die Gewerkschaften erobern und „Volksorganisationen“ daraus machen.

Sie wollen die Gewerkschaften „reformieren“, das heißt auf Wunsch ihrer kapitalistischen Geldgeber die Gewerkschaften zerschlagen.

## Zerstörung der Gewerkschaften im Auftrage der Unternehmer

Bereits 1929 auf dem Nürnberger Parteitag hat die NSDAP, eine Entschließung angenommen, in der die Zerrümmung der Gewerkschaften als Ziel gesetzt wird. Es heißt dort:

„Die NSDAP. sieht in den nunmehr anzustrebenden Betriebszellenorganisationen die Grundlage, von der aus zu gegebener Zeit die Schaffung nationalsozialistischer Berufsgewerkschaften“

in Angriff genommen werden kann. Bis dahin wird den Parteigenossen, die als Arbeiter, Angestellte oder Beamte tätig sind, empfohlen, in ihren gewerkschaftlichen Verbänden zu bleiben und dort, gestützt auf die von diesen Verbänden statutarisch verbürgte parteipolitische Neutralität, jede Propaganda zugunsten marxistischer und demokratischer Parteien nach Möglichkeit zu verhindern.“

Die Eile, mit der die NSDAP. zur Zeit die Betriebszellenbildungen betreibt, ist zu verstehen, wenn man bedenkt, daß die Unternehmer, die die NSDAP. finanzieren, sehr ungeduldig werden. Sie fordern für „ihre Opfer“ die zugesagte Gegenleistung:

die Zerstörung der Gewerkschaften.

Hitler selbst hat ihnen versprochen, die Gewerkschaften „von dem unnatürlichen Klassenkampf“ zu befreien und sie dann zu zwingen, „National- und Sozialpolitik im Einvernehmen mit den Arbeitgeberern“ zu treiben. Für ihn ist die Gewerkschaft kein Organ des Klassenkampfes; er kennt keine „Klassen“. „In politischer Hinsicht existieren für ihn nur Bürger mit vollständig gleichen Rechten und Pflichten“. Nationalsozialistische Arbeitnehmer und nationalsozialistische Arbeitgeber sind beide Beauftragte und Sachwalter der Volksgemeinschaft.“ (Mein Kampf, S. 252/54.)

Die Kapitalisten geben nicht umsonst ihr „sauer verdientes“ Geld her, sie verlangen als Gegenwert das wertvollste Objekt: die Vernichtung der Arbeitermacht — die Gewerkschaft.

Die Nationalsozialisten dürfen ihre Götter nicht verärgern, sie wissen genau, daß sie ohne die ständigen Geldzuwendungen der Kapitalisten in jedem Sinne erledigt sind. Ihre politische Existenz steht auf Hühnerfüßen, es geht hier um „Sein oder Nichtsein“. Um sich halten und ihre Katastrophpolitik weitertreiben zu können, liefern sie die Arbeiter den Unternehmern bedenkenlos aus. Der Nationalist Hans Held schreibt in der Monatsschrift „Der Meister“ folgende bezeichnende Sätze:

„Wir Nationalsozialisten zerschlagen euch (Unternehmer!) die Organisationen der Arbeiterschaft. Wir zerschlagen euch die Gewerkschaften. Darum müßt ihr Unternehmer und Großkapitalisten uns das Recht geben, in unserer Agitation uns dem Geiste der Arbeiterschaft anzupassen. Wenn wir von der Verstaatlichung des Grund und Bodens reden, so meinen wir das nicht so. Wenn wir gegen das Kapital reden, so brauchen wir dieses Propagandamittel, um die Leute an uns heranzuziehen. Die Hauptsache ist, daß wir die Leute haben, damit sie aus dem Marxismus gelöst werden!“

### Rundschau

#### Krise der Demokratie

Die „Krise der Demokratie“ wird von einem französischen Professor in einem neuen Werke behandelt. Wird die Demokratie etwa vergehen? Das würde einen Rückschlus auf die Geschichte auf die Zeit vor 1789 bedeuten, wie Prof. Joseph-Barthelemy schreibt. Denn die französische Revolution war es, die zuerst die demokratische Freiheit des Menschen verkündet hat.

Aber Joseph-Barthelemy ist voll Glaubens. Die Demokratie hat ihre Epoche nicht hinter sich. Der demokratische Gedanke ist praktisch noch gar nicht vollendet. Wir denken dabei unwillkürlich an unsere gewerkschaftliche Aufgabe der Wirtschaftsdemokratie. So hat Prof. Joseph-Barthelemy recht, wenn er schreibt, Demokratie und Freiheit seien nicht Vergangenheit, sondern Zukunft.

Und darum gilt es für jeden freiheitwollenden Menschen, den roten Faden der Geschichte zu halten und den Sinn des geschichtlichen Werdens zu hüten. Wer sich heute flatterhaft allen möglichen Phrasen zuwendet, der ist nicht gewachsen dieser Stunde der Zeit, aus der der demokratische Gedanke verjüngt und vertieft herauswachsen wird zu seiner geistigen und sittlichen Größe.

#### 6 Millionen Arbeitslose in Deutschland

Die Zahl der bei den Arbeitsnachweisen eingetragenen Arbeitslosen betrug am 15. Januar 5966 000. Im ersten Halbmonat dieses Jahres war eine Zunahme von 300 000 zu verzeichnen, in der gleichen Zeit des Vorjahres eine solche von 381 000. Seit dem Tiefstand des vergangenen Sommers ist die Arbeitslosenziffer um rund 2 012 000 gestiegen. Der Kreis der Arbeiter und Angestellten in Handel und Industrie, also der Menschen, die der Arbeitslosigkeit unmittelbar ausgesetzt sind, beschränkt sich auf 15 Millionen. Nach Abzug der Landarbeiter und Saisonarbeiter ist davon reichlich ein Drittel erwerbslos. Mit ihren Familien machen die 6 Millionen Arbeitslose 20 bis 25 Millionen Menschen aus. Vergessen wir nicht, daß nebenbei noch etwa zwei Millionen Kurzarbeiter vorhanden sind. Ein trauriger Zustand, der nicht leicht überboten werden kann!

#### Stegerwald über Weltkrise und Sozialpolitik

Reichsarbeitsminister Stegerwald sprach kürzlich im Rundfunk über obiges Thema. Nach einigen Betrachtungen über die Wirkung der Weltkrise auf die einzelnen Länder erklärte er zum Schluß, daß der einseitige Sturm auf die Löhne und Gehälter nicht als Allheilmittel für die Gesundung der Weltwirtschaft anzusehen sei. Wir müßten von der Einstellung herunter, daß zwar Kartell- und Zollschutz etwas Selbstverständliches, aber der Lohnschutz unzulässig und das freie Spiel der Kräfte hier allein das Gegebene sei. Die Verflochtenheit der Weltwirtschaft zeige sich nicht zuletzt auf sozialpolitischem Gebiet. Jedes Volk hätte zwischen drei Möglichkeiten zu wählen: 1. die Arbeiterschaft würde gleichberechtigt mit ausreichendem Schutz eingegliedert, oder 2. die Wirtschaft würde dem Staat überantwortet, oder aber 3. es würde ein korporatives System mit erhöhter Selbstverwaltung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen herausgebildet.

#### Die Welt in Waffen

Der gegenwärtige Rüstungsstand geht aus den amtlichen Veröffentlichungen hervor, die 24 Staaten dem Völkerbund eingereicht haben. Darunter fehlt Sowjetrußland, welches bekanntlich das stärkste Heer der Welt besitzt. Von den Staaten, bei denen eine Übersicht möglich ist, hat das stärkste Heer Frankreich, dessen aktives Heer mit den Luftstreitkräften und den militärisch organisierten Verbänden eine Stärke in Höhe von 692 366 Mann hat. Dazu kommen 4,2 Millionen ausgebildete Reserven. Das zweitstärkste Heer weist Italien mit rund 500 000 Mann auf. Es folgt Polen mit 330 000 Mann und 2,5 Millionen ausge-

bildeten Reserven. Rumänien verfügt über ein Heer von 315 000, England über ein solches von 304 000, Japan über 276 000, Jugoslawien über 223 000, Spanien über 162 000, Amerika über 154 000, die Tschechoslowakei über 140 000, Deutschland über 100 000 und Belgien über 80 000 Mann. Diese Übersicht zeigt, daß Mars noch immer seinen unheilvollen Einfluß in der Welt ausübt. Der Friedensgedanke, der laut dem Versailler Friedensvertrag und unzähligen Versicherungen seine Herrschaft über die Welt antreten sollte, ist weiter denn je davon entfernt. Wie der Konflikt zwischen Japan und China beweist, bildet die bewaffnete Macht noch immer das aktivste Instrument in den Auseinandersetzungen zwischen Staat und Staat. Eine traurige Bilanz, die man am Jahreschluß 1931-32 zu ziehen hat.

#### Der Schallplatten-Volksverband

Die erste Programmerweiterung des Schallplatten-Volksverbandes weist nunmehr ganz deutlich den Weg, den sich diese Organisation vorgezeichnet hat. Die 40 Neuaufnahmen stellen sowohl musikalisch wie künstlerisch eine erlesene Auswahl aus dem Unvergänglichen klassischer Musik dar. Es zeugt von beachtlicher Energie, wenn der Schallplatten-Volksverband jetzt schon vollendete Aufnahmen des Berliner Philharmonischen Orchesters und des Orchesters der Berliner Staatsoper unter der genialen Führung S. Meyrowitz und des Generalmusikdirektors Schuricht zu Preisen von 1.70 resp. 2.50 RM. herauszugeben in der Lage ist. Es handelt sich hierbei um die unverkürzten Ouvertüren zum „Fliegenden Holländer“, zu „Tannhäuser“, zum „Freischütz“, zur „Zauberflöte“, ferner um das Vorspiel zu den „Meistersingern“, die Einleitung zum III. Akt „Lohengrin“ u. a. und dann die Gesangs-Solofragmente Salvatore Salvatis und Felipe Romitos von der Mailänder Scala, mit Orchesterbegleitung! Ariens aus „Rigoletto“, „La Traviata“, „Madame Butterfly“ und „Bohème“. Auch diese italienischen Aufnahmen — auf 25-cm-Platten — sind von künstlerischer Vollendung. Der Preis von 1.70 RM., für den man bisher noch niemals Aufnahmen der Mailänder Scala erhalten konnte, beweist, was diese neue Organisation schon leisten kann. Hervorragende Tonwiedergaben der bekannten Weihnachtslieder neben einer weihnachtlichen Weihnachtsmesse in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche Berlin, unter Mitwirkung Professor Fritz Heitmanns sowie das F-Dur-Orgelkonzert von Händel, ein herrliches Präludium von Bach und Schubertlieder, gesungen von H. Schey mit dem Orchester der Städtischen Oper, Berlin, unter Dirigent S. Meyrowitz, vervollständigen das künstlerisch wie musikalisch hochwertige erste Erweiterungsprogramm des Schallplatten-Volksverbandes (Berlin - Charlottenburg 2, Berliner Straße 42-43), dessen Druckschriften (Versand kostenlos und unverbindlich) durchzustudieren jeden Freund wertvoller Heimmusik anregen und erfreuen wird.

#### Vom Büchertisch

Die Tarifverträge in Deutschland Ende 1930. Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S 14, Inselstraße 6.

Trotz des tiefen Eingriffes der 4. Notverordnung in die Gestaltung des Arbeitsvertrages bleibt die kollektive Gestaltung der Arbeitsverhältnisse erste Aufgabe der Gewerkschaften. Die Entwicklung des Tarifvertrages ist deshalb für die Gewerkschaften von außerordentlicher Bedeutung. Eine Übersicht über die Tarifverträge in Deutschland Ende 1930 und 1931 gibt der ADGB in seinem Sonderheft der „Gewerkschaftszeitung“, die sicher starke Beachtung verdient. In zwölf Sondergruppen werden die geschlossenen Tarifverträge von den verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet und ausgiebige Tabellen geben Gelegenheit, noch weitere Schlüsse zu ziehen. So bietet das Sonderheft eine Fundgrube von wertvollen Aufschlüssen über das Tarifvertragswesen und ist deshalb allen Interessenten zum Studium zu empfehlen.

Eiserne Front. Vier Aufrufe. Verlag J. H. W. Dietz Nchflgr., Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Preis 15 Rpt.

In dieser Broschüre vereinigen sich Otto Weis, Karl Höllermann, Peter Grassmann und Fritz Wildung, um die Marschrichtung und das Angriffsziel der antifaschistischen Kampforientation darzulegen. In knappen kernigen Worten umreißt Otto Weis, der Vorsitzende der SPD, die politische Situation; Karl Höllermann,

der geschäftsführende Bundesvorsitzende im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, faßt den Inhalt seiner Ausführungen in den Satz zusammen: „Heute rufen wir — morgen schlagen wir“; Peter Graßmann, Vorsitzender des ADGB, zeigt, was die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, von einem Sieg Hitlers zu erwarten haben; Fritz Wildung, der Führer der Arbeitersportler legt namens seiner Organisationen das Treuebekenntnis zur Sache des demokratischen Sozialismus ab. Das Heft wird in der Aufbau- und Aufmarscharbeit der Eisernen Front gute Dienste tun.

Das neue Volk — Der neue Staat. Sieben Ansprachen. Von Adolf Grimme. Verlag J. H. W. Dietz Nachfl., G. m. b. H., Berlin, SW 68, Lindenstraße 3. Preis 20 Rpf.

Dem Ethos des neuen Staatsbegriffs hat kein verantwortlicher Staatsmann so packenden und überzeugenden Ausdruck zu geben vermocht wie Adolf Grimme, Preußens Kultusminister. Es ist zu begrüßen, daß der Dietz-Verlag eine Auswahl der gleichmaßen durch Tiefe der Gedanken wie durch Reife der Form ausgezeichneten Reden und Ansprachen Grimmes herausgebracht hat. Die Themen über die Adolf Grimme sich verbreitet lautet: „Aufruf an die republikanische Jugend“, „Warum gerade Republik?“, „Die neue Wirtschaft, ein Kulturbau“, „Wissenschaft und Arbeiter“, „Die Bildung der Volksschule“, „Staat und Museumspflege im Volksstaat“. Die Lektüre bedeutet Genuss und Gewinn.

Rußland und der Sozialismus. Von Otto Mänchen-Helfen. Verlag J. H. W. Dietz Nachfl., Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Preis 20 Rpf.

Otto Mänchen-Helfen ist einer der besten Kenner der Wirtschaft Sowjet-Rußlands. Eine durch gründlichstes Studium an Ort und Stelle erworbene Sachkenntnis verleiht sich bei ihm mit sicherer marxistischer Betrachtung. Er behandelt in der vorliegenden Broschüre die Experimente der landwirtschaftlichen Kollektivierung und die Industrialisierung. Jene hat zu einem eigenartigen Egoismus der Kollektive geführt, die in Widerspruch zu den Interessen des Staatsganzen geraten ist, diese hat sich zu einer gefährlichen Überindustrialisierung entwickelt, von der Mänchen-Helfen festgestellt, daß sie möglich war nur als Folgeerscheinung der Diktatur. Auf den 30 Seiten der Broschüre bietet der Verfasser eine Fülle fesselnder Dinge. Wer ernsthaft die Problematik der russischen Entwicklung studieren will, kann an der Schrift Mänchen-Helfens nicht vorbeigehen.

Riesen und Kirspe. Erdgeschichte in Märcchen. Urania-Freidenker-Verlag G. m. b. H., Jena. Kartontier 2.— RM., in Halbleinen 2.50 RM.

Märcchen? Ja, diese Erzählungen aus der Geschichte unserer Erde sind aber keine Märcchen von Elfen Feen und anderen guten oder bösen Fabelwesen. O. E. Graf schildert vielmehr amütig belebt, in seiner bekannten humorvollen Art, wie unsere Erde von der glühenden Feuerkugel bis zur Heimat des Menschen sich im Laufe der Jahrmillionen entwickelt hat. Die Erde ist als Kind der Sonne entstanden und noch glüht in ihr das Feuer ihrer Mutter Sonne. Die Eiszeiten rücken in breiter Front von Norden nach Süden vor und bedecken alles. Eine Zeit der Not wieder gibt dem Rückzug der Ozeane in der Zeit der gewaltigen Abschmelze, da greift der Mensch zum ersten Male zum Werkzeug, da fängt im großen Ausmaß gesehen die Zeit an, in der wir heute noch leben.

Kein anderer wie O. E. Graf, der eine glänzende Darstellung mit ausgezeichneten fachlichen Kenntnissen verbindet, kann so leichtverständlich und spannend das wahre Märcchen von der Geschichte der Erde erzählen. Lebendig treten die Geschehnisse, die Jahrmillionen lang abgelaufen sind, vor das Auge des Lesers und ganz ausgezeichnete Bilder unterstützen die Vorstellungskraft. Das Buch gehört in die Hände unserer Schuljugend. Aber auch der erwachsene Mensch wird gern danach greifen, um es selbst zu lesen, oder seinen Kindern daraus zu erzählen. Wenige Bücher kann man so unbedingt als Geschenke empfehlen, wie dieses wertvolle Buch.

Hungerland und Ein Kumpel. Von G. Werner. Verlag „Die Knappschaft“, Berlin-Steglitz. Hungerland kostet brosch. 1.20 RM., geb. 2.50 RM., Ein Kumpel kostet gebunden 2.50 RM.

Der Titel des ersten Buches ist jetzt in die Schriftsprache eingegangen. Das Wort gilt als Bezeichnung für das niederösterreichische Bergbauviertel. Der Roman ist vor Jahren in fast sämtlichen Parteienzeitungen und auch in einigen Gewerkschaftsblättern unter dem Titel erschienen und ist in der heutigen Zeit der Not wieder aktuell geworden. Das vor 2 Jahren erschienene Buch: „Ein Kumpel“ scheint ebenfalls sehr bekannt zu werden. Es wird bereits in den höheren Schulen als die beste Mittelschulbildung des Bergbaues im Unterricht verwendet. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht empfiehlt es jetzt als Ganzlesestoff den ländlichen Fortbildungs- und Berufsschulen.

Juristischer Kalender für Handel und Gewerbe. Rudolf Becker, Leipzig C 1, Stephanstr. 8.

Die Firma bringt auch in diesem Jahr ihren Full-Umlegekalender ihrer Geschäftskunden. Eine Fülle von Anregung und Wissen geht von diesen Blättern aus. Daneben sind kurze Hinweise auf wichtige Termine eine sehr willkommene Beilage. Dieser Kalender wird wesentlich dazu beitragen, im weitesten Kreise Interesse für juristische Fragen zu wecken und dabei wieder dem Geschäftsmann wertvolle Hilfsdienste leisten.

Reichsbund-Kalender 1932. Verlag Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Berlin C 2, Rolandufer 6. Preis 50 Rpf.

Der handliche Taschenkalender birgt neben dem Kalendariem eine Fülle von wertvollem Stoff, der besonders die Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen interessieren dürfte. Denn neben den Berichten über Werten, Wesen und Wirken des Reichsbundes wird sehr eingehend über die Höhe der Renten und ihre Voraussetzungen geschrieben. Aber gerade hierüber besteht noch sehr viel Unklarheit. Der Kalender ist deshalb zugleich ein guter Führer und spricht für sich selbst.

**Zinkdruckpasten** in Ia Lithographie-Qualität  
**Ia Auswaschtinktur** Zinkätzsalz D. R. P.  
**Entsäuerungspulver, Schleifkugeln**  
 sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck  
**Karl Maß G. m. b. H., Berlin SO 36** Wiener Straße Nr. 50  
 Tel. F. 8 Oberbaum 2269

Neuerschungen! Graphische Lehrbücher, Band I, 1. Auflage 1931

## FARBENLEHRE FÜR DAS STEINDRUCKGEWERBE

Eine beruhtskundliche Grundlage für Schule und Praxis  
 Bearbeitet von A. Müller-Holstein, Studienrat, Nürnberg  
 Verlag: Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe  
 Preis des Buches einschließl. Nachnahmegebühren 2,90 RM.

Zu beziehen durch: **CONRAD MÜLLER, SCHNEIDITZ-LEIPZIG, Tel. 535.**

**Arbeiter und Angestellte**  
 bilden die Front gegen den Faschismus.  
 Gewerkschafter denkt daran: die freigewerkschaftliche Organisation der Handlungsgehilfen und Büroangestellten ist der  
**Zentralverband der Angestellten**